



**Alternative
für
Deutschland**

Aus der Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Deutschen Bundestag

Mit einer Entschuldigung ist es nicht getan – die Merkelregierung muss zurücktreten!

Seit Monaten gibt es kaum ein anderes Thema: Corona, Corona, Corona...

Viele Branchen hoffen inzwischen zwar auf einen Aufschwung. Aber noch immer leiden viele Bereiche: Die Veranstaltungsbranche, Clubs und Bars stehen vielerorts vor dem Aus oder mussten schon aufgeben und unzählige Selbstständige müssen mit enormen Verlusten in diesem Jahr leben oder stehen vor den Trümmern ihrer Existenz. Fast 200 Menschen mehr als im August des vergangenen Jahres sind derzeit allein in Gera arbeitslos und die Auswirkungen, die nach der Beendigung der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht zu spüren sein werden, sind heute noch nicht bezifferbar, werden aber verheerend sein.

In dieser Situation kommt Gesundheitsminister Spahn zum Wahlkampf in Nordrhein-Westphalen mit einer bemerkenswerten Aussage zu Wort: „Man würde mit dem Wissen von heute, (...), keine Friseur mehr schließen und keinen Einzelhandel mehr schließen. Das wird nicht noch einmal passieren. Wir werden nicht noch einmal Besuchsverbote in den Pflegeeinrichtungen brauchen“, lässt er verlautbaren.

Man höre und staune: Die Schließung von Geschäften und ganzen Betriebszweigen war also – so bestätigt nun endlich ein Verantwortlicher – ein großer Fehler. Die Alternative für Deutschland hatte das immer schon gesagt, dazu bedurfte es für uns nicht des „Wissens von heute“, sondern – schon vor Monaten – lediglich des gesunden Menschenverstandes. Das Zerstören von Existenzen war ein bedauerlicher Irrtum? Die Isolation von Alten und Kranken, verbunden mit ihrer Einsamkeit und Verzweiflung, Familien, die auseinander gerissen wurden, Großeltern, die alleine sterben mussten,

Kranke, die ohne einen Beistand gesund werden sollten und Kinder, die ihre Eltern nicht besuchen durften – das alles war nur ein politischer Fehlgriff?

Als AfD hatten wir bereits vor Ostern gefordert, die Normalität erst gar nicht aufzugeben, jedenfalls aber schnellstens zurück zur Normalität zu kehren, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, Grundrechtsbeschränkungen sofort zu beenden und endlich zu einer Politik der Vernunft und nicht der Panik und Angstmache zu kommen. Aber noch heute sind wir davon weit entfernt: Unsere Forderungen wurden belächelt und kleingeredet – und das, obwohl doch allen klar sein müsste, dass es nur die AfD war, die auch in der Coronakrise recht behielt. Unsere Warnungen und Mahnungen wurden und werden überhört – man überlege nur, was eine AfD-Regierung diesem Land auch diesmal alles erspart hätte: Nicht nur eine deutlich bessere finanzielle Lage, die uns geschlossene Grenzen in den vergangenen 5 Jahren beschert hätte, nein, auch eine vernunftorientierte Krisenpolitik und eine umfangreiche Vorbereitung hätten uns vieles erspart.

Der Wähler darf sich nun nicht mit einem einfachen „Entschuldigung – kommt nicht wieder vor“ abspeisen lassen: Diese Krise ist hausgemacht und die politisch Verantwortlichen sind bekannt. Im Thüringer Superwahljahr 2021 müssen wir die Grundrechtsbeschränker und Panikverbreiter in ihre Schranken weisen und dafür sorgen, dass Thüringen blau wird – zum Wohle der Bürger, deshalb AfD. Und deshalb auch weitere Abgeordnetenbüros von mir in Weimar und Eisenberg. Zusammen mit meinem ältesten Büro in Gera und den weiteren in Erfurt und Sömmerda werden es dann fünf sein. Ich heiße Sie/Euch alle herzlich willkommen! Warum nicht mal eine Abgeordnetenbüro-Brandner-Tour durch Thüringen?

Ihr/Euer **Stephan Brandner**

KLARTEXT
aus dem
Bundestag

Stephan Brandner

INHALT DIESER AUSGABE UNTER ANDEREM

Gastbeitrag Boehringer: Die Mär vom „Abtauchen der AfD“ *mehr auf Seite 7*



Der Bundestag braucht keinen Zaun und keinen Graben! *mehr auf Seite 4*



Altparteien fürchten um Pfründe – wirklich guten Ansatz zur Wahlrechtsreform hat nur die AfD *mehr auf Seite 4*



Ausländeranteil bei Kriminalität enorm gestiegen – Multikultiparteien tragen Verantwortung!

Für die meisten Leser wird es keine Überraschung sein: Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Stephan Brandner (Drs. 19/21573) hat es nun aber schwarz auf weiß hervorgebracht: Der Anteil von ausländischen Tatverdächtigen bei Straftaten, die dem Bereich der Gewaltkriminalität zuzuordnen sind, ist seit dem Jahr 2009 deutlich, und zwar um 35,1% gestiegen. Wurden 2009 noch 208.446 Fälle von Gewaltkriminalität erfasst, waren es 2019 zwar nur noch 181.054 – der Anteil von Ausländern an den Tatverdächtigen schnellte aber von 23,5% auf 37,5% hoch. Stephan Brandner erklärt, dass die Entwicklung besonders dramatisch ist, zwar gingen Taten aus dem Bereich der Gewaltkriminalität insgesamt zurück, jedoch werden immer häufiger Ausländer zu Tätern.

Besonders gravierend zeigt sich das Ausmaß von Ausländerkriminalität im Bereich „Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen“: Hier haben nicht nur die erfassten Fallzahlen seit 2013 zugenommen, auch der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger ist seitdem um 54,5% gestiegen. Ganz klar zeigen die Zahlen einen Anstieg seit dem Jahr der Grenzöffnung 2015: So stieg der Anteil ausländischer Tatverdächtiger im Bereich „Raub,

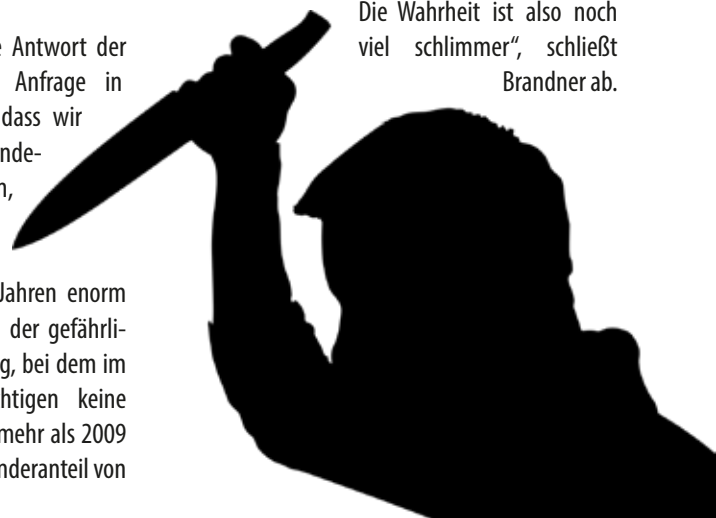
räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer §§ 249-252, 255, 316a StGB“ von 2014 auf 2015 um 4,1% und von 2015 auf 2016 um weitere 2,6%.

Bei Vergewaltigungen und Nötigungen besaßen 2009 etwa 28 Prozent aller Tatverdächtigen keinen deutschen Pass. 2016 waren es schon knapp 39 Prozent. Dies entspricht einem Anstieg von 43,1%. Durch eine Änderung des Sexualstrafrechts ist eine Vergleichbarkeit zu den Zahlen von 2016 nicht mehr gegeben.

Stephan Brandner erklärt, dass die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage in erschreckender Deutlichkeit zeigt, dass wir seit Jahren eine massenhafte Einwanderung von Mördern, Vergewaltigern, Gewalttätern, Räubern und Dieben haben. Der Anteil ausländischer Tatverdächtiger ist in den letzten Jahren enorm gestiegen, zum Beispiel im Bereich der gefährlichen und schweren Körperverletzung, bei dem im Jahr 2019 37,3% der Tatverdächtigen keine deutsche Herkunft hatten – 38,7% mehr als 2009 – und das bei einem aktuellen Ausländeranteil von 12,4% Prozent.

„Für jede der hier in Deutschland von Ausländern verübten Straftaten tragen Merkel und alle Multikultiparteien nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich die Verantwortung. Sehr viele Menschen würden noch leben, wären noch unversehrt, hätte es eine rationale Politik, für die die AfD steht, gegeben. Weiter zeigt die Antwort, dass die Statistik vollkommen verzerrt ist: Bei Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten, darunter die deutsche, gehen diese allein mit der deutschen Staatsangehörigkeit in die Statistik ein.

Die Wahrheit ist also noch viel schlimmer“, schließt Brandner ab.



Desolater Warntag zeigt katastrophale Situation in Deutschland

Nach dreijähriger Vorbereitung fand heute der bundesweite Warntag statt. In einem Großteil der Bundesrepublik haben jedoch die Systeme umfassend versagt. Sirenen waren vielerorts nicht zu hören oder funktionierten nicht, Warnanwendungen, sogenannte Apps, für Mobiltelefone reagierten zu spät oder gar nicht.

Stephan Brandner macht deutlich, dass der

gescheiterte Warntag sinnbildlich für den desolaten Zustand Deutschlands steht. „Einem realen Katastrophenfall wäre die Bevölkerung vollkommen ausgeliefert gewesen. Trotz mehrjähriger Vorbereitung hat so gut wie nichts funktioniert.

Das ist inzwischen leider geradezu typisch für unser Land, ein Land, das in vielen Bereichen am

Ende ist – am Ende von Merkels 15. Regierungsjahr. Im Ernstfall müssen Warnanlagen ausnahmslos und sofort funktionieren, dafür sind sie da. Es steht wieder mal fest: Die Bürger in Deutschland sind schutzlos ausgeliefert, sie würden von der Katastrophe erst erfahren, wenn es zu spät ist. Einmal mehr haben Deutschlands Regierende versagt und sich lächerlich gemacht.“

Wahl des Stadtratsvorsitzenden macht einiges deutlich



Das etwa 15 Monate lange Warten, verursacht durch Geschäftsordnungstricks der Altparteien und seltsam befangene Stellungnahmen des Landesverwaltungsamtes, hat sich letztendlich gelohnt. Die Mehrheit des Geraer Stadtrates hat durch die Wahl von Dr. Reinhard Etzrodt zum

Geraer Stadtratsvorsitzenden deutlich gemacht, daß der AfD alle Rechte zustehen, wie anderen Fraktionen auch und – was besonders erfreulich ist –, daß es keine linken Mehrheiten gibt, wenn alle Bürgerlichen zusammenstehen. Gera dürfte auch damit deutschlandweit erstmalig, einzigartig und richtungsweisend sein!“



#Brandnerunterwegs

1. Infostand Gera
2. Demo in Grimma
3. Wahlkreisbürogeburtstag Erfurt
4. Infostand in Weimar
5. Bürgerdialog in Weida
6. Infostand in Altenburg
7. Sommerfest Neubrandenburg
8. Podiumsdiskussion in Weitenhagen
9. Geburtstagsfest in Schmalkalden
10. Landwirtschaftsabend im Bundestag
11. Infostand in Erfurt
12. Sommerfest in Gera
13. Bürgerabend Schallenburg



Gegen die Personenkennziffer – Bundesregierung will gläsernen Bürger schaffen!

Im Rahmen der Registermodernisierung soll nach dem Willen der Bundesregierung die bisherige Steueridentifikationsnummer als behördenübergreifende Personenkennziffer genutzt werden. Bei einer neuen 'Registermodernisierungsbehörde' soll außerdem ein zentraler Datenbestand geschaffen werden, der zu der Steueridentifikationsnummer zugehörig ist. In den Erläuterungen

zum Gesetz wird zudem darauf hingewiesen, dass mit der Identifikationsnummer registriert zukünftig alle Daten für den Zensus, also die Volkszählung, 'ermittelt' werden könnten.

Stephan Brandner hält ein solches Vorgehen für verfassungsrechtlich fragwürdig und fürchtet, dass damit der „gläserne Bürger“ Wirklichkeit wird.

„Die Bundesregierung geht mit dem vorliegenden Referentenentwurf einen weiteren Schritt in Richtung Abschaffung der Grundrechte - namentlich hier dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Bei der Einführung der Steuer-ID wurde von der damaligen Merkelregierung noch versprochen, dass es sich dabei nicht um eine universelle Personenkennziffer handeln sollte: Wieder einmal brechen Merkel und Co. ihr Wort. Dass das Grundgesetz für sie und ihre Gefolgsleute nur ein bedeutungsloses Papier ist, haben die Altparteien oft genug bewiesen. Nun werden alle Bürger zu einer klar identifizierbaren Nummer reduziert und es ist nur eine Frage der Zeit, bis nicht nur die Volkszählung mit Hilfe des Registers durchgeführt, sondern auch Polizei und Geheimdienste problemlos auf unsere Daten zugreifen können. Als AfD sagen wir ganz klar ‚nein‘ zu weiteren Verfassungsbrüchen, zu Datenkraken und positionieren uns klar für die Freiheit und informationelle Selbstbestimmung!“



Der Bundestag braucht keinen Zaun und keinen Graben!

Nachdem am vergangenen Wochenende Demonstranten auf die Stufen des Reichstages vorgedrungen waren, sollen die Pläne für die Errichtung eines Grabens vor dem Reichstag sowie eines Sicherheitszauns nun schneller umgesetzt werden.

Stephan Brandner lehnt derartige Pläne vollständig ab: „Wir brauchen keinen Zaun und damit nicht nur symbolisch eine noch stärkere Abgrenzung zwischen Politik und Bürger, sondern viel mehr Akzeptanz und dazu braucht es mehr politische Vielfalt, die Stärkung der direkten Demokratie

durch zum Beispiel Volksabstimmungen und größere Transparenz des Regierungshandelns. Die Altparteien, die sich den Staat zur Beute gemacht haben, haben das Vertrauen großer Gruppen der Bevölkerung verspielt: Statt Gräben zu ziehen, sollten wir Brücken zu den Bürgern bauen.“

Altparteien fürchten um Pfründe – wirklich guten Ansatz zur Wahlrechtsreform hat nur die AfD

Die Spitzen der Parteien der sogenannten Großen Koalition haben sich für eine weitere Verschleppung einer echten Wahlrechtsreform entschieden. Die Normgröße Bundestages liegt bei 598 Sitzen - schon jetzt gibt es 709 Abgeordnete. Nach der anstehenden Bundestagswahl im kommenden Jahr könnten es ohne Wahlrechtsänderung sogar deutlich mehr als 800 sein. In der Zukunft sollen nach Willen von CDU und SPD bis zu drei Überhangmandate nicht durch Ausgleichsmandate für die anderen Parteien kompensiert werden. Weiter soll der sogenannte „erste Zuteilungsschritt“ im Wahlrecht modifiziert werden. Stephan Brandner bewertet dieses Vorgehen als lächerliche Schaufensterpolitik, die wieder einmal das Problem nicht lösen, sondern verschleppen

wird. „Die AfD hat als einzige Partei einen praktikablen und durchdachten Vorschlag gemacht, um eine echte Verkleinerung auf nicht mehr als 598 Abgeordnete zu erreichen und das, ohne Wahlkreise reduzieren zu müssen. Alle anderen Parteien reden nur um den heißen Brei herum und lassen den Willen, tatsächlich eine Bundestagsverkleinerung zu erwirken völlig vermissen. Auch Grüne, Linke und FDP werden einknicken und mit irgendwelchen Zugeständnissen abgespeist. Das wundert auch wenig, stehen doch nicht nur die Existenzen vieler Abgeordneten der Altparteien, die im Gegensatz zu denen der AfD auf dem

ersten Arbeitsmarkt ganz überwiegend schwer bis gar nicht vermittelbar sein dürften, auf dem Spiel. Für uns steht jedoch fest: Der Bundestag muss kleiner werden, Kosten müssen eingespart werden - gerade in der heutigen Zeit.“



Suhler Erstaufnahmeeinrichtung ist eine Zumutung für alle Bürger – straffällige Asylbewerber umgehend abschieben!

Die Suhler Erstaufnahmeeinrichtung sorgte in den vergangenen Monaten immer wieder für Schlagzeilen hinsichtlich Gewaltausbrüchen und Straftaten. Zuletzt hatten sich Busfahrer zu Wort gemeldet, die die ständige Angst vor Gewaltausbrüchen, die fast jeden zweiten Tag vorkämen nicht mehr aushielten, und andeuteten, ihren Dienst nicht mehr verrichten zu wollen.



Stephan Brandner erklärt, dass fast 100 Polizeieinsätze und mehr als 200 Straftaten in 20 Wochen vollkommen inakzeptabel seien. „Die Thüringer Politik lässt die betroffenen Bürger vollkommen allein. Es kann nicht sein, dass diese auf die untragbaren Zustände, die verängstigten Busfahrer und die zahlreichen Straftaten keine Antwort haben. Fest steht: Hier müssen endlich rechtsstaatliche Verhältnisse geschaffen und straffällige Asylbewerber umgehend außer Landes geschaffen werden - die haben hier nichts verloren. Suhl war eine friedliche Thüringer Kleinstadt und muss das auch wieder werden.“

Vonarb rückt endlich mit der Sprache raus – Amazonansiedlung in Gera bestätigt

Nachdem Oberbürgermeister Vonarb noch am 21.8.2020 durch sein Büro erklären ließ, dass er mit dem Investor Stillschweigen vereinbart hätte und daher keine Informationen zur geplanten Amazonansiedlung geben würde, rückte er nun endlich mit der Sprache raus und bestätigte, was schon mehrfach in der Zeitung stand: Im Industriegebiet Cretschwitz siedelt sich der Logistikriese Amazon an.

Für Stephan Brandner ist jedoch unverständlich, was innerhalb von wenigen Tagen zu dem Umdenken geführt hatte: „Als Oberbürgermeister hat Vonarb nicht nur gegenüber dem Investor bestimmte Pflichten, sondern auch gegenüber

Schlagzeilen aus Thüringen

dem Stadtrat und allem voran den Bürgern unserer Stadt. Die Bürger so lange im Unklaren zu lassen, war definitiv ein Fehler. Dass Vonarb nun dem Druck nachgab und sich endlich öffentlich



äußerte, ist erfreulich. Ich hoffe nun, dass der Oberbürgermeister für die Zukunft etwas daraus gelernt hat und sich zukünftig nicht mehr als oberster Geheimnisträger begreift, sondern als das was er gewählt wurde: nämlich zunächst einmal der Oberbürgermeister im Dienste seiner Bürger. Sicher hat auch mein Nachbohren geholfen, um Vonarb an seine Rolle zu erinnern. Nach wie vor frage ich mich allerdings, ob alles mit rechten Dingen zugeht und warum solch eine Geheimniskrämerei betrieben wurde.“

Feierlichkeiten zum 3. Oktober 2022 in Erfurt – Hoffnung auf gastgebenden AfD-Ministerpräsidenten

Im Jahr 2022 übernimmt turnusmäßig Thüringen den Bundesratsvorsitz. Am 3. Oktober sollen in diesem Jahr die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Erfurt stattfinden. Es wird die Teilnahme von Bundespräsident, Bundeskanzler sowie sämtlichen Ministerpräsidenten erwartet. Stephan Brandner freut sich über das Interesse an seinem Wahlkreis und hofft darauf, dass sowohl das Amt des Bundeskanzlers als auch des Bundespräsidenten bis zu diesem Zeitpunkt neu besetzt sein werden.

„Erfurt ist eine attraktive und lebenswerte Stadt im Herzen von Deutschland, die es verdient hat, dass ihr eine breite Aufmerksamkeit zukommt. Ich hoffe und bin überzeugt davon, dass bis dahin auch der erste AfD-Ministerpräsident dabei sein wird, der unser schönes Thüringen besucht oder gar als Gastgeber agiert!“

Bundestagsausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur lehnt AfD-Antrag zur Ansiedlung des Zentrums Mobilität der Zukunft in den Neuen Ländern ab!

Der Antrag, Standorte des „Zentrums Mobilität der Zukunft“ auch in den Neuen Ländern anzusiedeln, und nicht nur in München, wie Verkehrsminister Scheuer während des bayerischen Kommunalwahlkampfes verlautbaren ließ, wurde mit den Stimmen aller Fraktionen außer jenen der AfD abgelehnt. Stephan Brandner, Geraer AfD-Bundestagsabgeordneter, hatte diesen Antrag federführend erstellt und damit angeregt, dass zumindest Sparten des Zentrums in Gera angesiedelt werden sollten. Mittlerweile wird diese Forderung zumindest auf Landesebene in der Öffentlichkeit, aber auch von vielen Bundespolitikern, vertreten. Erst kürzlich hatte das Thüringer Umweltministerium eine Studie in Auftrag gegeben, die aufzeigt, wie geeignet der gesamte Ostthüringer Raum als praktischer Forschungsstandort für nachhaltige und klimafreundliche Mobilität ist.



Stephan Brandner, der auch Stadtrat in Gera ist, hofft, dass die Altparteien, inklusive dem Geraer Oberbürgermeister Vonarb endlich ihre Blockadehaltung aufgeben und die AfD als stärkste Kraft im Stadtrat nicht weiter ausschließen: „Dass ich als Antragsteller nicht einmal zu Besprechungen eingeladen werde, spricht genauso für sich, wie die Tatsache, dass SPD und CDU im Bundestag dagegen stimmen, in Gera dann aber so tun, als seien sie dafür und der Oberbürgermeister bei diesen Täuschungen auch noch mitspielt. Wir sollten doch alle an einem Strang ziehen – zum Wohle Geras und über Parteigrenzen hinweg. Wenn Staatssekretär Bilger, wie angekündigt, demnächst nach Gera kommen wird, um mit dem Oberbürgermeister über das Projekt zu diskutieren, gehe ich davon aus, dass ich als Initiator auch dabei sein werde. Dass einmal mehr unser Antrag abgelehnt und dann doch umgesetzt wird, zeigt aber auch, dass AfD wirkt – wenn auch aus dem Hintergrund.“

Bundesregierung steht einmal mehr vor einem Verfassungsbruch

Im Juni beschloss der Bundestag gegen die Stimmen der AfD das „Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ – ein Lieblingsprojekt der aktuellen Bundesregierung. Unter anderem sollen Anbieter sozialer Netzwerke verpflichtet werden, künftig Bestandsdaten von Nutzern, die Bedrohungen oder volksverhetzende Äußerungen veröffentlichen, an das Bundeskriminalamt (BKA) zu melden und auch Inhalte zu löschen und zu sperren. Derzeit verzögert sich die Ausfertigung des sogenannten „Anti-Hass-Gesetzes“, da noch die Prüfung auf die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes andauert und die Unterschrift des Bundespräsidenten Steinmeier deshalb noch nicht geleistet wurde.

Stephan Brandner zeigt sich wenig überrascht darüber, dass von der Bundesregierung verlautbart wird, Steinmeier – der nicht gerade ein Musterbeispiel für Überparteilichkeit, Demokratie und Rechtsstaat ist – solle das Gesetz doch unterschreiben, man würde im Nachhinein ein „Reparatur-Gesetz“ auf den Weg bringen:

„Einmal mehr scheut sich die Bundesregierung nicht davor, sehenden Auges Verfassungsbrüche in Kauf zu nehmen. Warum auch, hat man sich dort doch schon daran gewöhnt. Dass man nun einmal mehr erst im Nachhinein nachbessern will, um das geliebte Ideologieprojekt – sei es auch noch so verfassungswidrig – schnell durchzuwinken, ist für mich völlig unverständlich.“

Als AfD sind wir die einzige ehrliche Rechtsstaatspartei, wenden uns gegen Verfassungsbrüche jeder Art und haben keinerlei Verständnis für ein solches Verhalten.“



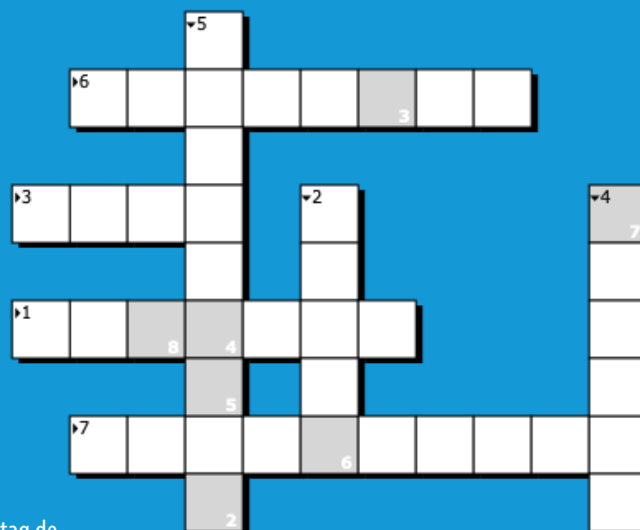
1. Was fand am 10. September 2020 statt?
2. Wer entschuldigte sich für Fehler im Zuge der Corona-Politik?
3. In welchem Ort steht die Erstaufnahmeeinrichtung in Thüringen, die immer wieder für negative Schlagzeilen sorgt?
4. Wo finden die Feierlichkeiten zum 3. Oktober 2022 statt?
5. Wessen Anteil in der Kriminalitätsstatistik ist enorm angestiegen?
6. Welchem Ausschuss sitzt Peter Boehringer vor?
7. Wie heißt der aktuelle Bundespräsident mit Nachnamen?

Gewinnen Sie ein Abendessen für zwei Personen gemeinsam mit Stephan Brandner in einem Restaurant Ihrer Wahl in Erfurt, Sömmerda, dem Weimarer Land, Jena oder Gera.



Senden Sie uns das Lösungswort und Ihr Wunschrestaurant an: Wahlkreisbüro Stephan Brandner, Rudolf-Diener-Straße 21, 07545 Gera oder an kontakt@brandner-im-bundestag.de.

Mit der Teilnahme am Gewinnspiel erklären Sie sich mit der Nutzung Ihrer Daten einverstanden. Der Gewinner wird unter allen Einsendungen, die die richtige Lösung, das Wunschrestaurant (in den genannten Orten), den vollständigen Vor- und Zunamen sowie die postalische Adresse erhalten, ausgelost und benachrichtigt. Einsendeschluss ist der 15.11.2020. Der Gewinner erklärt sich einverstanden, mit Namen und Bild in der nächsten Ausgabe veröffentlicht zu werden.



Krankenkassenbeiträge sollen wegen Fehlentscheidungen der Bundesregierung steigen!

Aufgrund eines zusätzlichen Milliardenbedarfs der gesetzlichen Krankenversicherungen im kommenden Jahr sollen unter anderem die Zusatzbeiträge für die Versicherten steigen. Ein Konzept der Bundesregierung sieht vor, dass der durchschnittliche Zusatzbeitrag für 2021 um 0,2

Punkte auf 1,3 Prozent angehoben werden soll. Grund für die Steigerung sei nach Angaben der Kassen eine erwartete Finanzierungslücke von etwa 16 Milliarden Euro in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Kassen machen dafür Mindereinnahmen aufgrund der Wirtschaftskrise und höhere Gesundheitsausgaben als Folge der Corona-Pandemie verantwortlich.

„Es ist skandalös, dass die Bürger nun für die Misere aufkommen müssen, die allein die Bundesregierung zu verantworten hat. Die Finanzierungslücke ist direkt Spahns zahlreichen Fehlentscheidungen,

nicht nur im Zuge der Coronakrise, sondern auch schon zuvor, zuzurechnen. Einmal mehr trägt die Last der Bürger, der nun zur Kasse gebeten wird. Auf der einen Seite fehlen Milliarden – auf der anderen Seite verschenken wir Beatmungsgeräte und Masken in alle Welt und nehmen tausende Migranten auf, die fast alle in der gesetzlichen Krankenversicherung landen, ohne Beiträge zu entrichten. Jedem Bürger muss klar sein, wo er den Verantwortlichen für die steigenden Beiträge findet: rund um Merkel und vor allem an der Spitze des Gesundheitsministeriums“, meint Stephan Brandner dazu!



Gastbeitrag Peter Boehringer: Die Mär vom „Abtauchen der AfD“ und von ihrer fehlenden Positionierung zu Corona

Nur die AfD stellte die entscheidenden Befristungs-Anträge zum Regierungs-Putsch gegen Bürgerrechte und Finanzen und nur sie wollte die Corona-Notlagen gemäß InfSchG §5 und GG Art. 115 schon seit März/April beenden.

Medienwirksam stellt die FDP derzeit Pressemitteilungen und Anträge in den Raum, wonach sie als erste und einzige Fraktion die von der Bundesregierung willkürlich eingeführte rechtliche Corona-Notlage ablehnen und aufheben wolle. Die Massenmedien bedienen dieses falsche Narrativ dabei immer gerne – neulich etwa die WELT mit fast peinlicher Parteinahme pro FDP:

„Es wäre die Pflicht des Deutschen Bundestages, immer wieder zu prüfen, ob die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ noch vorliegt. Die FDP-Fraktion ist bisher die einzige Parlamentsfraktion, die den Mut hatte, diese Überprüfung einzufordern und die Rückkehr zur Grundgesetznormalität zu verlangen. Ansonsten: Funkstille.“ Dazu ist klarzustellen: Die mindestens zehn Hauptanträge der AfD-Fraktion, in denen diese sich VOR ALLEN ANDEREN Parteien für eine sinnvolle Strategie zu einem aus wirtschaftlichen Gründen absolut zwingenden Ausstieg des Landes aus dem derzeitigen „Shutdown“ ausgesprochen hatte, werden in den Mainstream-Medien komplett ignoriert; die ersten schon vom 25. März.

Insbesondere der wichtigste Hauptantrag der AfD auf eine STRIKTE Befristung und Überprüfung aller Anti-Corona-Maßnahmen wird konsequent verschwiegen. Wäre er am 25. März angenommen worden, wäre das gesamte Gesetzespaket (insbesondere die gravierenden derzeitigen Freiheitsbeschränkungen im Freizügigkeitsrecht, Vertragsrecht u.v.a.; aber auch die extremen Finanzmaßnahmen der Regierung) schon nach wenigen Wochen auf den Prüfstand zu stellen gewesen und der Bundestag hätte sie bei objektiver Risikobetrachtung schon im April nicht mehr verlängern dürfen. Alle zunehmend totalitären Maßnahmen der Regierung gegen die Bürgerrechte und gegen wirtschaftliche Existenzen wären dann AUTOMATISCH im April ausgelaufen, so dass der latente Putsch seitdem heute längst beendet wäre!

Die AfD-Fraktion hatte also eine Überprüfung der Corona-„Epidemie“-Notlage gemäß Grundgesetz schon im März 2020 gefordert! Volle FÜNF Monate vor der FDP, die zudem bis heute alle aus der Notlage abgeleiteten Maßnahmen mitträgt und sie eher aus FORMELLEN Gründen einfach nur in Form regulärer Gesetze weitergeführt sehen will! Seit April gehen wir sogar noch weiter und fordern angesichts der (mangels Epidemie) inzwischen überflüssigen „Überprüfung“ sogar ein sofortiges, komplettes ENDE der nicht mehr zu rechtfertigenden Corona-Notlage gemäß Infektionsschutzgesetz!

Auch dies per Bundestags-Antrag, lange vor der FDP. Als ich noch am Tag der ersten Abstimmung im Bundestag am 25. März 2020 genau dies einforderte und beantragte, wurden wir seitens der anderen Fraktionen mit Spott und Häme bedacht. Ebenso am 6. Mai unser ebenfalls extrem wichtiger Antrag zur sofortigen Aufhebung des wegen Covid-19 niemals gerechtfertigten Zustands einer 'epidemischen Notlage von nationaler Tragweite'. Auch die FDP hat damals in beiden Fällen genau diese Antragsinhalte abgelehnt!

Nicht zuletzt strebt die AfD-Fraktion nun auch noch eine juristische Überprüfung der Notlagesituation an: Wir werden unter Federführung von Stephan Brandner noch im September einen Antrag auf Normenkontrollklage vor dem BVerfG in den Bundestag einbringen. Wir fordern schon heute die Parlamentarier der anderen Fraktion auf, sich daran zu beteiligen, um das erforderliche Quorum von 25% aller MdBs für diese Klage erreichen zu können. Wir werden sehen, ob sich genügend Kollegen gegen die Maßnahmen und damit für die Bürgerrechte und für die existenziellen Interessen der deutschen Wirtschaft stark machen! Nachfolgend dokumentieren wir in Form einer tabellarischen Übersicht die wichtigsten der von der AfD-Fraktion im Bundestag seit März 2020 gestellten einschlägigen Anträge, angestoßenen Initiativen und Aktivitäten zur Aufhebung aller

Corona-Maßnahmen, die von der Bundesregierung unter Bezug auf eine angebliche 'Notlagen'-Situation gemäß Art. 115(2) Grundgesetz sowie § 5 (1) Infektionsschutzgesetz rechtlich erzwungen wurden:

Selbst wenn unsere parlamentarische Arbeit weiterhin vorsätzlich und faktenwidrig von den Medien ausgeblendet werden sollte: Die AfD-Fraktion wird sich dadurch nicht von ihrem Kurs abbringen lassen, weiterhin für die Wiederherstellung des grundgesetzlichen Normalzustands einzutreten.



Die Roscher-Meinel-Kolumne: 30 Jahre Wiedervereinigung – Tag der Heuchler?

Vor dem 09.11.1989 gab es in der BRD kaum einen Politiker, der ernsthaft eine Politik der Wiedervereinigung gewollt oder verfolgt hätte. Die BRD war Teil des Nato-Bündnisses sowie der westeuropäischen Union, und sie war vor allem eines: nicht autonom. Weder der französische Präsident Mitterrand, noch die britische Premierministerin Thatcher, auch nicht der Italiener Andreotti („Ich liebe Deutschland so sehr, dass ich lieber zwei davon hätte“), keine Holländer, Belgier, eigentlich niemand in Europa wollte die Einheit. Und so galt in der BRD die Maxime: Es steht zwar im Grundgesetz, dass wir die Einheit anstreben, aber letztendlich weiß jeder, dass dieser Wunsch antiquiert, ja sogar revanchistisch ist. Die BRD war ein Satellitenstaat des Westens, so wie die DDR der Sowjetunion. Man hatte sich arrangiert und eigentlich damit abgefunden (mit einigen wenigen Ausnahmen, möchte der Verfasser ausdrücklich betonen).

Vor allem zwei Männer (keine Deutschen) sorgten für die Wende: US-Präsident Ronald Reagan schaffte es, die Sowjets mit seinem SDI-(Weltraumabwehr-) Projekt so unter Druck zu setzen, dass diese rüstungstechnisch kaum hinterherkamen und ihre Bevölkerung zunehmend unterversorgt zurückließen. Der zweite Hauptverantwortliche war Michael Gorbatschow. Er erkannte Mitte der achtziger Jahre, dass der Wettbewerb mit dem Westen verloren war. Um einen Bürgerkrieg und ein totales Desaster der Sowjetunion sowie seiner abhängigen Satellitenstaaten zu verhindern, bedurfte es der Perestroika, also der Demokratisierung. Das ging nicht ohne Freiheit. Stacheldraht und Mauer, und dann



noch durch ein Land, eine Stadt, waren nicht mehr zeitgemäß. In Bonn aber hatte man sich mit der Teilung abgefunden und definierte Westeuropa als Ganz-Europa. Die DDR hatte man abgeschrieben. Im Sommer 1989 brachte die Grenzöffnung in Ungarn sowie die Abstimmung der DDR-Bürger mit den Füßen (also der Massenflucht in Ungarn und der CSSR) dann endgültig die Wende. Kohl witterte nunmehr seine Chance, aus dem Schatten der jahrelangen, linken Verächtlichmachung als „Birne“ herauszutreten und eine historische Figur zu werden. Ohne sich mit seinem Außenminister abzusprechen, schrieb er seinen 10-Punkte-Plan und hielt im Bundestag eine denkwürdige Rede, durch die erstmals eine operative Wiedervereinigungspolitik nunmehr auch von (west-) deutscher Seite betrieben wurde. Der Rest ist Geschichte.

Kohl war damit der Einäugige unter den Blinden. Von denjenigen, die heute den 3. Oktober als Feiertag begehen, hat sich damals niemand für die Einheit eingesetzt. Steinmeier, als Bundespräsident, kann sein Land nicht lieben und Merkel, als Bundeskanzlerin, schmeißt die Fahne angewidert und achtlos in die Ecke. Versuchen wir, uns durch diese Heuchler den Tag der deutschen Einheit nicht vermiesen zu lassen. Es lebe unser deutsches Vaterland.

Rechte Ecke

Lange nichts von der Amadeu Antonio Stiftung gehört? Das können wir ändern! Dass die Amadeu Antonio Stiftung in engem Austausch mit der Bundesregierung steht, wissen viele bereits. Jüngst hat sie dieser „Empfehlungen für Maßnahmen zur Eindämmung verschwörungsideologischer Radikalisierung im Zuge der Corona-Pandemie“ vorgelegt. Die Wünsche sehen wie folgt aus:

- ein mit 10 Millionen Euro ausgestattetes Bundesprogramm zur Bekämpfung von Antisemitismus und Verschwörungserzählungen, das Expertise und Vernetzung zum Thema in Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Sicherheitsbehörden fördert;
- eine flächendeckende Gefährdungsanalyse in Online-Communities, aber auch in klassischen offline-Gefährdumilieus sowie konsequente Repressionsmaßnahmen gegen Reichsbürger*innen;
- die Einbindung der Radikalisierungsprävention gegen Verschwörungserzählungen und Desinformationen in die staatliche Strategie zur Eindämmung der Corona-Pandemie

Was das alles mit Corona zu tun hat, wissen Sie nicht? Richtig, wir auch nicht. Aber wohin die 10 Millionen fließen sollen, können wir uns denken.

Kommende Termine (Auswahl)

Ab 12.10.2020	Wanderausstellung des Deutschen Bundestages in Sömmerda
15.10.2020	Bürgergespräch in Gera
16.10.2020	Bürgerdialog in Erfurt
23.10.2020	Crimmitschau
10.11.2020	Martini in Erfurt
11.11.2020	Bürgerdialog in Altenburg
02.12.2020	Wahlkreisbürogeburtstag Gera
03.12.2020	Bürgerdialog in Weida

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21 - 07545 Gera
Tel.: 0365 - 20 42 41 30 Fax: 0365 - 22 69 12 50
kontakt@brandner-im-bundestag.de

Öffnungszeiten: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
von 10 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung

Eröffnung von 2 weiteren Abgeordnetenbüros

Wahlkreisbüro Erfurt

Iderhoffstraße 37 - 99085 Erfurt
Tel.: 0361 - 60 27 96 30 Fax: 0361 - 60 27 96 31
stephan.brandner.wk@bundestag.de

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch und Freitag
von 10 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung

NEU: Wahlkreisbüro Weimar

Wahlkreisbüro Sömmerda

Weißenseer Straße 8 - 99610 Sömmerda
Tel.: 03634 - 69 22 888 Fax: 03634 - 69 22 889
stephan.brandner.wk@bundestag.de

Öffnungszeiten: Donnerstag
von 10 bis 17 Uhr und nach Vereinbarung

NEU: Wahlkreisbüro Eisenberg

Impressum:

Herausgeber:
Stephan Brandner
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
www.brandner-im-bundestag.de

V.i.S.d.P. Stephan Brandner
Chefredaktion: Dr. Alexandra Kloß
Satz & Druck: Philipp Schmidt
Bildnachweis: pixabay

www.facebook.com/stBrandner
www.twitter.com/stbrandner
www.instagram.com/stephanbrandner
www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
t.me/StephanBrandnerMdB